

2

Die Herausforderungen eines Kriegsendes

8

Bauprogramm G-CAP inland, Stufe 1 gestartet

10

Marineflieger üben bei Northern Viking 2026

12

Unternehmen schreibt europäische Raumfahrtgeschichte

13

EU-Projekt HYDEF erreicht neuen Meilenstein

U-Boot-Jagd vor Island

Marineflieger üben bei Northern Viking

Die Herausforderungen eines Kriegsendes

Von Manfred Opel

Der Abbau der russischen Kriegslasten

Wladimir Putins politische Ziele sind in aller Regel moralisch gesehen nicht auf Positives ausgerichtet. Und er wird, solange er sein aktuelles hinterhältiges Handlungsmuster noch beibehalten kann, alles Erdenkliche tun, um am Ende nicht als Verlierer in die russische und in die Weltgeschichte einzugehen. Insofern stehen seine persönlichen Ziele zunehmend im Zentrum seines politischen Handelns – ein Faktum, das man bei der Einschätzung der Situation nicht vergessen darf.



Mit dieser vorrangigen Zielsetzung wird er im Rahmen seines politischen Erbes insbesondere für ihn nutzbringende Optionen einer „Friedenspolitik“ nutzen und erfolgreich in die Praxis umsetzen wollen, die noch zur Verfügung stehen. Doch genau in dieser national geprägten Absicht Putins liegen die gravierendsten internationalen Zweifel, ob ihm dies auch gelingen kann. Denn ein mächtiges Russland ist zugleich – vor allem unter Putin – auch ein gefährliches Russland.

Allzu viele Optionen verbleiben ihm in dieser Hinsicht heute nicht mehr. Und gänzlich andere Möglichkeiten bestehen für ihn absehbar ebenfalls nicht. Nur durch Nutzung einer der verbliebenen echten Friedens-Optionen wird er es noch schaffen können, einen realen sowie einen sichtbaren persönlichen Erfolg zu erzielen. Den Nutzen davon hätte vor allem Russland; aber auch die übrige Welt, Europa und die Ukraine.

Genau an dieser Stelle müsste man ihn politisch packen und überzeugen, um möglichst schnell einen umfassenden und fairen Frieden für die Ukraine und für Russland erreichen zu können. Ein solcher sofortiger Friede würde zwar zu den politischen Erfolgen Putins zählen, die sein Image als kluger Präsident Russlands entscheidend fördern könnten, doch solche Chancen hat Putin in den letzten Jahren bereits mehrfach verstreichen lassen. Und er wird sie für sich selbst und für sein Land in Zukunft wohl nicht in umfassender Art und Weise nutzen, wenn man ihm nicht nochmals ausdrücklich die Chance dazu einräumt sowie ihn massiv dazu drängt.

Allerdings ist es in der realen Politik für die Hinwendung zu einem Prozess des aktiven Schaffens von Frieden niemals zu spät. Der Präsident Russlands zu sein, bedeutet zudem, nicht nur Rechte und Vorteile zu genießen. Dieses Amt könnte Putin vor allem dann weiterhin ausfüllen, wenn es ihm gelänge, seinen Bürgerinnen und Bürgern die umfangreichen Lasten, die sein Angriff auf die Ukraine dem Land noch immer tagtäglich aufbürdet, im Zuge eines Friedensprozesses bestmöglich und zügig abzubauen.

Des Zaren großes Erbe

Dieses alles wird Teil der großen politischen Aufgabe sein, der sich Putin in den kommenden Jahren mit Vorrang stellen müssen. Mit der Last eines unrühmlichen Krieges im Gepäck will Putin diese Welt mit Sicherheit nicht verlassen. Stattdessen will er der Geschichte ein positives Erbe seiner Präsidentschaft übergeben. Und genau darin liegt die einmalige und große Chance der Ukraine. Die zukünftige Politik Europas und die der Ukraine muss folglich darin bestehen, Putin ein attraktives und belastbares Zukunfts-Angebot zu unterbreiten.



Die Grundfrage ist dabei nur, wo Russland in Zukunft stehen will: Ob allein, näher bei China oder näher am Westen.

Hätte der russische Zar Peter noch heute das Sagen, so würde er Russland mit Sicherheit in eine enge und freundschaftliche Partnerschaft mit Europa führen. Doch Putin ist bezüglich seiner Fähigkeiten bedauerlicherweise noch nicht einmal der Schatten des großen Zaren.

Die USA braucht man derzeit absolut nicht, um einen fairen Frieden in der Ukraine zu erreichen. Trump war in dieser Hinsicht bisher nicht erfolgreich und Putin weiß natürlich, dass die USA nach ihren Abenteuern in Venezuela und im Nahen Osten fundamental geschwächt sind. Zudem ist Trump ein absoluter Egomane und könnte seinen „Bruder“ Wladimir niemals davon überzeugen, dass ausgerechnet er im Grunde das Wohl Russlands im Auge hat.

Gleichwohl ist aus all den „Verrücktheiten“ des Donald Trump eine extrem günstige Situation für Putin entstanden, die dieser natürlich nach allen Regeln der politischen Kunst für sich zu nutzen versuchen wird. Die Welt wird bereits in relativ kurzer Zeit beobachten können, wie Trump versuchen wird, alle Interessen seiner Noch-Verbündeten im Kreml auf den Gaben-Tisch zu legen, nur um in seinem Spiel mit dem Kreml einen vermeintlichen Erfolg verbuchen zu können. Im Kern wird es dabei jedoch nicht um Europa gehen. Russland und China haben im UN-Weltsicherheitsrat zugestimmt, dass die USA den Gaza-Streifen in Zukunft selbst verwalten und entwickeln dürfen. Dafür werden Russland und China nun eine politische „Gebühr“ verlangen, die mit Sicherheit nicht zu niedrig sein wird.

Auf Europa werden in diesem Zusammenhang extrem schwierige Zeiten zukommen. Es droht eine Trumpsche strategische Spaltung des alten Kontinents. Wenn also Europa nicht endlich die konsequenten Lehren aus alledem zieht und sich selbst unter einem gemeinsamen politischen Dach – ähnlich den USA – vereinigt, wird Donald Trump weiterhin versuchen, Europa zu spalten und einen Teil nach dem anderen regelrecht an Putin zu verkaufen. Putin bräuchte dann vermutlich um dieses Europa, das er auf diese Weise verehrt bekommt, nicht einmal mehr zu kämpfen. Und, man mache sich nichts vor, auch ein JD Vance als Nachfolger Trumps würde in diese Richtung stramm weitermarschieren. Immerhin würde ihm als Willkommensgeschenk auch der Zugriff auf Trumps von den Vereinten Nationen bereits faktisch akzeptierten und inzwischen milliarden schwere „Friedens-Organisation“ Board of Peace (BoP) winken. Dem würde Vance mit Sicherheit nicht widerstehen können.



Die US-Sondergesandten Kushner und Witkoff wurden Anfang September herzlich und mit präsidentalen Ehren in Kiew empfangen. Es steht zu befürchten, dass der Besuch trotzdem keine Ergebnisse in Sachen Frieden mit Russland gebracht hat.

Die Ukraine als „Friedensmuster“

Die Gespräche der beiden Trumpschen Privat-Unterhändler im Kreml weisen ganz eindeutig in diese Richtung: Putin knetet Trump weich. Das verheißt nichts Gutes für die Ukraine, nichts Gutes für Europa und nichts Gutes für die gesamte Welt.

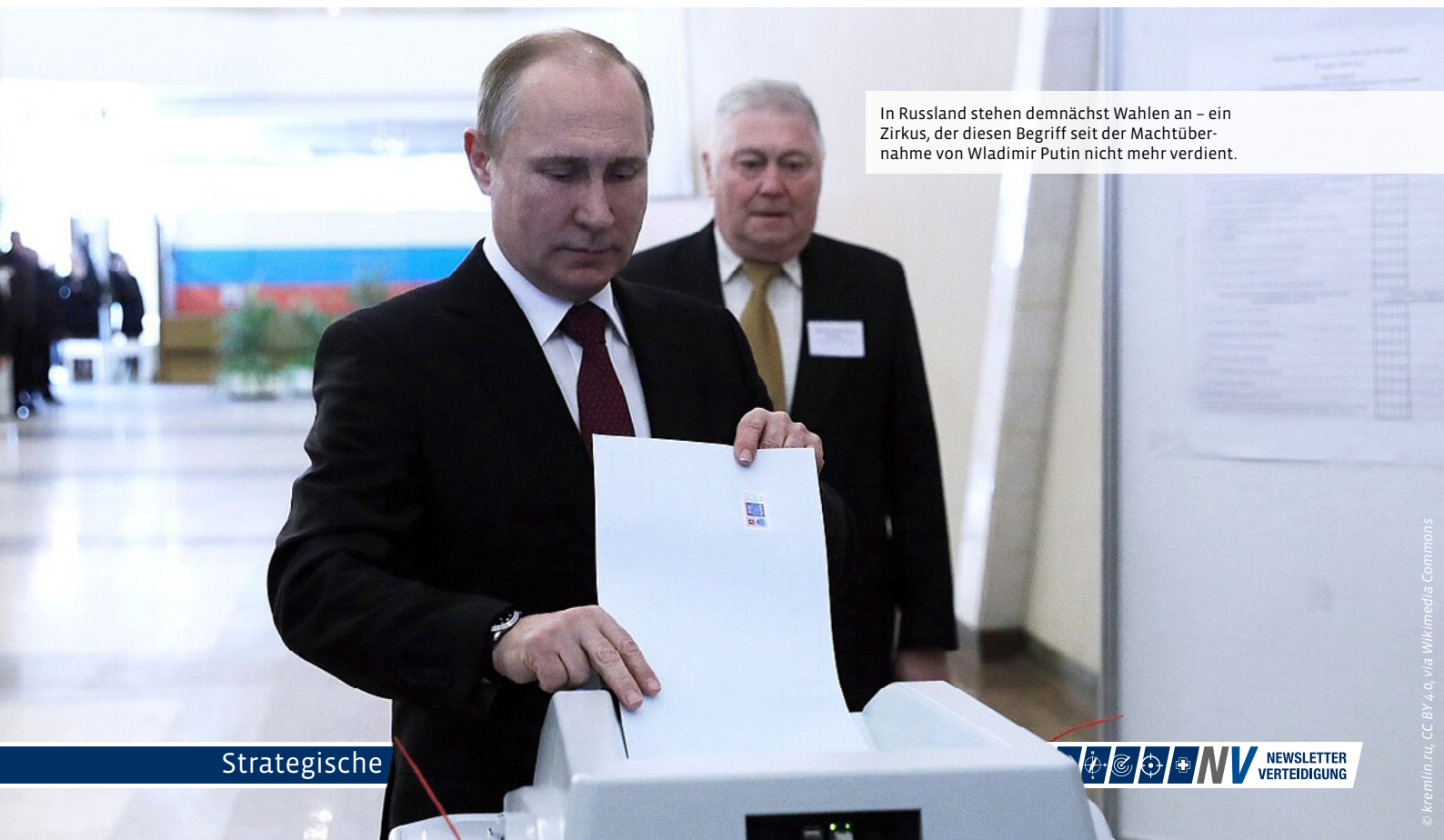
Bleibt die Ukraine bei allem Gegenwind doch in der Lage, die russischen Invasoren erfolgreich abzuwehren, wird Putin im Laufe der Zeit nicht anders können, als sich auf einen fairen Friedensprozess einzulassen. Dazu wird ihn allein die zunehmend negative wirtschaftliche Entwicklung seines Landes zwingen.

Doch es sieht derzeit nicht so aus, als würde Trump diese Chance auf Frieden nutzen wollen. In Wahrheit möchte er nämlich nichts weniger als die Ukraine zu verkaufen. Dann könnte er gegen den Iran und alle arabischen Staaten so vorgehen, wie es ihm beliebt. Allein das ist Trumps letztlches Traum-Ziel.

Im Zuge einer solchen Entwicklung würde man Putin daher auch fragen müssen, weshalb er das alles nicht schon früher gemacht hat. Eine aufrichtige Antwort darauf dürfte ihm keinesfalls leicht fallen. Zudem wäre er in der Folge zugleich gezwungen, die Bürden seines Krieges zumindest schrittweise und zügig abzubauen sowie die damit verbundenen Probleme möglichst umfassend zu lösen, trotz der durch eben diesen Krieg massiv eingebrochenen Wirtschaftskraft. Das ist nichts weniger als ein Titanen-Job.

Dazu ist es unwahrscheinlich, einen dauerhaften Frieden bezüglich des Ukraine-Krieges mit dem Kreml zu schließen, ohne zeitgleich eine international garantierte und militärfreie Grenzzone von mindestens einer „Tagesmarsch-Tiefe“ (entspricht 200 km bis 300 km) auf beiden Seiten der nationalen Grenzen einzurichten und diese permanent intensiv neutral zu überwachen.

Allein ein solches politisches Arrangement dürfte am Ende mindestens 20.000 Soldaten einer UN-Friedenstruppe bis über 20 bis 30 Jahre lang binden. Die Gesamtkosten (einschließlich Nebenkosten) dafür würden wohl mindestens zwei Milliarden Euro jährlich betragen. Doch man dürfte hoffen, dass dadurch der internationale Standard für erfolgreiche Friedens-Truppen der UN gefestigt und auch weiterentwickelt werden könnte. Das wäre eine solche Anstrengung, vor allem mit Blick auf die Zukunft der UNO-Friedenspolitik, mit Sicherheit wert.



In Russland stehen demnächst Wahlen an – ein Zirkus, der diesen Begriff seit der Machtübernahme von Wladimir Putin nicht mehr verdient.

Das Jahr 2026 ist, betrachtet man zugleich die globale Entwicklung, kein gutes Jahr für das Putin-Regime. Die Front in der Ukraine bewegt sich kaum, ukrainische Drohnen und Raketen treffen Ziele weit im russischen Hinterland, die Wirtschaft des Riesenlandes schwächelt beträchtlich und die Stimmung im eigenen Land verschlechtert sich zusehends. Unter solch erschweren Bedingungen muss die Kreml-Administration einen weiteren Sieg der Machtpartei „Einiges Russland“ organisieren, denn schon vom Freitag, dem 18. September, bis zum Sonntag, dem 20. September 2026, steht die nächste Wahl zur russischen Staatsduma an. Doch das russische Parlament kann seine Funktion als Legitimitäts-Ressource in der personalistischen Putin-Diktatur heute praktisch nicht erfüllen.

Umgang mit dem Preis des Friedens

In der Folge erhebt sich unweigerlich die Frage, wer denn die mit einer Friedensregelung für die Ukraine verbundenen gewaltigen Lasten und Kosten tragen muss. Hinzu kommt, dass die Periode des Wiederaufbaus mindestens so lange dauern wird, bis die von Russlands Militär-Maschine in der Ukraine verwüstete Infrastruktur wieder vollständig errichtet werden kann. Weniger als 15 bis 20 Jahre dürfte diese Zeitspanne wohl nicht betragen können. Tatsache ist nun einmal, dass Putin, der den Ukraine-Krieg in die heutige politische Realität transportiert hat, die Lasten, die dieser unnütze Krieg verursacht hat, im Grundsatz auf sich – sprich: auf Russland – nehmen müsste. Dabei ist es fraglich, ob Putin eine lange Phase des Wiederaufbaus, die mindestens 15 Jahre lang dauern wird, überhaupt noch selbst erleben und insbesondere auch selbst noch gestalten können wird.

Im Falle eines militärischen Sieges in der Ukraine würde Russland dort erforderliche Aufbauleistungen weitgehend allein tragen müssen. Es müsste demnach doppelt bezahlen, einmal für den Krieg selbst und zudem für die Schadens-Beseitigung.

Putin muss in diesem Zusammenhang auch Folgendes zwingend bedenken: Er wäre nicht der erste russische Anführer, der von seinen Misserfolgen verfolgt und schließlich, zumindest politisch, vernichtet würde. Hier sieht man Parallelen zu Stalin oder Chruschtschow.

Das Grundprinzip der Reparationen eröffnet zugleich auch die Möglichkeit, die erlittenen Schäden in hinreichend fairer Art und Weise kompensieren sowie beseitigen zu können. Da zudem praktisch die gesamte Welt unter den Folgen des Ukraine-Krieges zu leiden hat sowie bei dessen Fortführung auch in Zukunft zu leiden hätte, bietet es sich dringend an, möglichst umgehend eine vernünftige globale Friedens-Gesamtlösung anzustreben, in deren Rahmen die Welt dabei hilft, die Ukraine wieder aufzubauen. Es wird interessant sein zu beobachten, wie Trump die von ihm so sehr verhassten Vereinten Nationen in diesem Zusammenhang geradezu anflehen wird, die „ukrainischen Kriegslasten“ zu übernehmen. Schließlich würde ihm sein Freund Wladimir eben dafür aus tiefer Dankbarkeit regelrecht um den Hals fallen.



Die Schäden, die Russland durch den Angriffskrieg in der Ukraine verursacht hat, werden weder schnell noch kostengünstig zu beseitigen sein.

Und es ist sicherlich nicht unfair zu unterstellen, dass Putin versuchen würde, jede internationale Hilfe, die dem Wiederaufbau der Ukraine zugedacht ist, seinem eigenen Herrschaftsbereich zukommen zu lassen. Die Ukraine wäre auf diese Art und Weise doppelt bestraft und betroffen: Die Infrastruktur in der Ukraine wäre zerstört und die internationale Hilfe, die der Ukraine zugedacht ist, würde von Putin, mit absoluter Sicherheit im Übermaß auf persönliche Projekte in Russland umgeleitet werden.

Die langfristigen Folgen

Zudem könnte, im Falle eines russischen Erfolges in der Ukraine, Putins „Raubritter-Politik“ auch darin bestehen, dass die Ukraine, als die hauptsächlich leidtragende Nation seines Angriffs-Krieges, sämtliche internationale Hilfen an Russland und/oder ausschließlich an die von Russland annektierten Gebiete weiterleiten muss. Das jedoch kann die Freie Welt nicht wollen. So entstünde eine politische Lage, in der Putin gegenüber der Ukraine behaupten könnte: „Seht ihr, wenn es ernst wird, lässt Euch der Westen im Stich!“

Genau dieses zentrale wirtschaftliche Problem eines Friedens für die Ukraine gilt es unter allen Umständen zu vermeiden. Und es gilt zu bedenken, dass eine zukünftige ukrainische Regierung, vor allem in diesem von Korruption durchsetzten Land, im Laufe der Zeit durchaus noch auf die Moskauer Seite wechseln könnte. Daher muss insbesondere die europäische Politik diesen wichtigen Aspekt gegenüber der Ukraine heute mit bedenken. Doch so einfach, wie sie sich auf den ersten Blick darstellen mag, ist die Lage in einer möglichen Nachkriegs-Ukraine bestimmt nicht. Dafür haben die Spuren des Krieges gegen Russland dort zu tiefe Spuren und Gräben verursacht.

Eine freie Nachkriegs-Ukraine müsste auf jeden Fall zusätzlich zu den russischen Ausgleichszahlungen eine direkte internationale Unterstützung erhalten, um zumindest einen Teil der gewaltigen Kriegsschäden im eigenen Land beseitigen zu können. Dieses Vorgehen würde zudem in der Ukraine Arbeit und damit auch Ausbildung und Einkommen schaffen. Eine solche Hilfe darf jedoch ausschließlich von einer vertrauenswürdigen internationalen Organisation gewährt, verwaltet und überwacht werden, um den heute in vielen Nationen üblichen Unterschleif sowie finanzielle Unterschlagungen weitgehend zu vermeiden.

Die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wäre ohne Zweifel eine solche erfahrene, kompetente und zuverlässige sowie neutrale Organisation.

Die Erfahrung zeigt nämlich schmerzlich: Kontrolliert man solche Hilfgelder nicht permanent, stringent und umfassend, besteht die reale Gefahr, dass auch diese Hilfgelder im Orkus der Korruption verschwinden. Das bedeutet, dass man eine gesonderte Behörde der Geberländer einrichten muss, die unter strenger Kontrolle der Weltbank oder auch der KfW die gesamte Aufbau- und Hilfsfinanzierung der Ukraine umfassend und streng kontrollieren muss.



Was nämlich die Ukraine heute mehr als alles andere benötigt, sind Ausbildung und Arbeitsplätze. Dabei steht die Rückkehr der zahlreichen Kriegsflüchtlinge und nicht zuletzt der Soldaten im Vordergrund. Heute leben noch immer rund 3,1 Millionen erwachsene Kriegsflüchtlinge im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren in der Europäischen Union, davon laut Ausländer-Zentralregister knapp eine Million erwachsene ukrainische Staatsbürger (davon ca. 60% Frauen) in Deutschland. Das bedeutet, dass sich derzeit knapp 400.000 Ukrainer im wehrfähigen Alter allein in Deutschland aufhalten. Das ist eine Zahl, die knapp der Hälfte der gesamten Streitkräfte der Ukraine entspricht.

Das bedeutet konkret, dass eines der Kernprobleme der Ukraine die Fahnenflucht ist. Die ukrainische Regierung jedoch tut seit Jahren nicht das Geringste dagegen. Insofern kann man sich im Westen des Eindrucks nicht erwehren, dass Regierung und Verwaltung der Ukraine trotz allem zumindest teilweise auf der Seite Russlands stehen.

Über den Autor: Brigadegeneral a.D., Dipl.-Ing. Manfred Opel, M.A., ehemalig MdB, war u.a. Referatsleiter für Strategische Planung im Internationalen Militärstab des NATO-Hauptquartiers in Brüssel sowie General für Luftwaffenangelegenheiten der Rüstung. Der Beitrag gibt seine persönlichen Einschätzungen und Ansichten wieder.

Bildauswahl und -beschriftung: Daniel Kromberg

Anzeige

**DIE GANZE WELT DER
SICHERHEIT AN EINEM ORT**

**22.–25. SEPT
2026**

**EURO
DEFENCE
EXPO**
Die internationale Fachmesse
der Verteidigungsindustrie

EURO DEFENCE EXPO

**INNOVATIVE LÖSUNGEN
FÜR EINE SICHERE WELT.**

REGISTRIERUNG & TICKETS:
eurodefenceexpo.de



CPM DEFENCE
2026-2027
MILITARY MEDICINE

Small Arms & Space Power
Conference

**MESSE
ESSEN**

Bauprogramm G-CAP Inland Stufe 1 startet

Mit der Vertragsunterzeichnung am 27. August 2026 wurde ein wichtiger Meilenstein für den Bau von Infrastruktur für den personellen Aufwuchs der Bundeswehr erreicht. Mit dem German Armed Forces – Contractor Augmentation Program, kurz G-CAP Inland Stufe 1, werden die kurzfristig benötigten Unterbringungs- und Funktionsgebäude geschaffen.

Für die Infrastruktur der Bundeswehr ist der zivile Organisationsbereich Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen (IUD) zuständig. Mit mehreren Bauprogrammen wird hier der aktuelle und schnell wachsende Bedarf an Gebäuden gedeckt. Für G-CAP, das größte dieser Bauprogramme, ist mit der Vertragsunterzeichnung nun der Startschuss gefallen. Die ersten Abrufe erfolgen in der ersten Septemberwoche 2026. Damit werden konkrete Leistungen aus den Verträgen umgehend angefordert.

Hohes Volumen, kurze Realisierungszeit

G-CAP Inland Stufe 1 adaptiert das bereits bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr erfolgreiche Konzept der Errichtung standardisierter Gebäudetypen und Varianten auf die Bundeswehrstandorte in Deutschland. Das sorgt für kurze Bauzeiten, und die Gebäude können an die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten angepasst werden. Das Programm umfasst deutschlandweit rund 300 neue Gebäude in mehr als 100 Bundeswehrliegenschaften.

G-CAP trägt dazu bei, die Infrastruktur der Bundeswehr zukunftsfähig aufzustellen. Neben dem Bauprogramm G-CAP Inland Stufe 1 wird es das Bauprogramm G-CAP Inland Stufe 2 geben. Es soll die Schaffung neuer Liegenschaften beziehungsweise die Ergänzung bestehender Liegenschaften durch sogenannte Funktionsbausteine beinhalten. Zu diesem Bauprogramm gehören Bauten wie Verpflegungseinrichtungen, Sportanlagen und technische Bereiche.

Durch die Nutzung der seriellen und modularen Bauweise können Gebäudeteile vorgefertigt werden. Parallel dazu können auf den Liegenschaften bereits die notwendigen Vorarbeiten erfolgen, etwa die Erschließung des Geländes durch die Verlegung von Anschlüssen für Strom und Wasser. Neben Unterkunftsgebäuden mit rund 54.000 zusätzlichen Betten sind auch Funktionsbereiche, Lehr- und Ausbildungsräume sowie Einrichtungen für den militärischen Betrieb vorgesehen. Damit wird nicht nur zusätzlicher Wohnraum geschaffen, sondern die Infrastruktur der Standorte insgesamt an die neuen Bedarfe an Personal, Ausbildung und Übung angepasst.

INFO



Die Bundeswehr hat G-CAP im Ausland bereits erfolgreich umgesetzt. Das Konzept für die G-CAP-Bauten, wie hier in Rukla, wird für G-CAP Inland Stufe 1 adaptiert.

© Bundeswehr/Marcus Bött

G-CAP ist ein Stück Zeitenwende

Das Bauvorhaben G-CAP Inland Stufe 1 hat eine besondere Größenordnung: Das Vertragspaket mit einem Auftragsvolumen von rund 4,6 Milliarden Euro beinhaltet die Planung, den Bau sowie den technischen Betrieb der Gebäude. Die ersten sollen bereits Mitte 2027 stehen. Insgesamt setzen sieben Auftragnehmer die geforderten Leistungen um.

Das Bauprogramm ist für die Bundeswehr von großer Bedeutung. Daher wurde auch die Vertragsunterzeichnung in einen feierlichen Rahmen gesetzt. Für die Bundeswehr unterzeichnete der Präsident des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) Roland Börger die Verträge. In seiner Rede betonte er: „Es wird sehr deutlich, mit welcher infrastrukturellen Herausforderung wir konfrontiert sind. Im Wissen, dass wir diese Aufgabe bisher zielstrebig gemeistert haben, gilt es nun, das Vorhaben erfolgreich zum Abschluss zu bringen.“



Zufriedene Gesichter: Die Vertragspartner für das Bauprogramm G-CAP Inland Stufe 1 nach der Vertragsunterzeichnung am 27. August 2026 in Bonn

Der Leiter der Hauptabteilung Aufwuchs im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), Alexander Götz, unterstrich die Besonderheiten: „Bemerkenswert ist die Geschwindigkeit, mit der heute das größte Bauprogramm auf den Weg geht. Von der Idee bis zur heutigen Vertragsunterzeichnung sind nur 14 Monate vergangen. Wir realisieren ein echtes Stück Zeitenwende.“

Text: Gabriele Drebenstedt

Northern Viking 2026: P-8A Poseidon trainiert U-Boot-Jagd vor Island

Seit 22. August 2026 sind die Marineflieger mit ihrem neuen Flugzeug zur Seefernaufklärung vor Ort im hohen Norden. Im Verbund mit Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Norwegen, Polen und den USA unterstützt der hochmoderne Starrflügler der Deutschen Marine bei der U-Boot-Jagd-Übung Northern Viking.

Zur Ortung von U-Booten braucht es ein umfassendes Lagebild. Dieses kann die P-8A liefern, weil sie mit hochmoderner Sensorik über eine große Reichweite verfügt und die gesammelten Daten in Echtzeit weitergibt. Zur genauen Lokalisierung wirft sie beispielsweise Sonarbojen ab. Zudem kann das fliegende Auge der Marine bewaffnet werden und bei der Bekämpfung von U-Booten unterstützen.

Schwerpunkte des U-Boot-Jagd-Trainings vor Island sind das Aufspüren, die Verfolgung und das Bekämpfen der unter Wasser lauenden Gefahr sowie die Koordination aller teilnehmenden Einheiten untereinander und mit internationalen Partnern – zu Wasser und in der Luft. Nach dem Grundsatz: Je mehr Sensoren und Informationen, desto besser das Ergebnis und die Grundlage für Entscheidungen, gerade im Ernstfall.

Koordination ist alles

Die Bedeutung des Manövers Northern Viking hat aufgrund der geopolitischen Lage Islands deutlich zugenommen. Ziele der Übung sind:

- **Maritime Sicherheit:** Schwerpunkt U-Boot-Jagd
- **Luftraumüberwachung:** Integrierte Luftverteidigung und Abfangen potenzieller Bedrohungen im isländischen Luftraum
- **Amphibische Operationen und Küstenverteidigung:** Anlandung von Marineinfanterie sowie Such- und Rettungseinsätze (Search and Rescue, SAR) bei extremen Wetterbedingungen im Nordatlantik
- **Host Nation Support:** Erprobung der Fähigkeit der isländischen Zivil- und Sicherheitsbehörden – darunter Küstenwache, Polizei und Katastrophenschutz – NATO-Truppen aufzunehmen und zu unterstützen



Der Seefernaufklärer P-8A Poseidon ist bei Northern Viking 2026 das fliegende Auge des multinationalen Übungsverbands. Mit seiner Sensorik kann er ein großes Seegebiet abdecken und die gesammelten Daten in Echtzeit weitergeben.

Hinter der Aufgabe U-Jagd verbergen sich militärische Flug- und Patrouilleneinsätze, die speziell darauf ausgelegt sind, feindliche U-Boote aufzuspüren, zu verfolgen und im Ernstfall zu bekämpfen. Hier bildet die P-8A ein zentrales Element. Die Fähigkeit zur U-Boot-Jagd ist für die NATO besonders wichtig bei der Sicherung von Seewegen und Flottenverbänden. Hier im Norden des Bündnisses kommt Island dabei mit seiner Lage an der sogenannten GIUK-Lücke (Greenland-Iceland-United Kingdom Gap), der Nahtstelle zwischen Europäischem Nordmeer und dem Nordatlantik, große strategische Bedeutung zu.

„Train as you fight“

„Die P-8A ist ein enormer technologischer Fortschritt, verglichen zur Vorgängermaschine P-3C Orion. Für das neue Flugzeugmuster wurden die Soldatinnen und Soldaten in den letzten Jahren sehr gut ausgebildet und konnten bereits viel Erfahrung sammeln“, sagt Fregattenkapitän Peter F. Er ist Kontingentführer bei Northern Viking 2026 und für die Organisation, den Flugbetrieb und alle Belange vor Ort verantwortlich. Bereits jetzt habe die Poseidon Fähigkeiten und Möglichkeiten der P-3C erheblich übertroffen. „Obwohl wir das Flugzeug erst knapp ein Jahr fliegen, sind wir jetzt schon in Teilbereichen weiter, als wir mit der Orion je waren. Jedes Manöver hilft uns, dies zu festigen,“ so der Kontingentführer weiter.

Zur Übung vor Island zieht Peter F. insgesamt ein positives Fazit: „Das Manöver Northern Viking 2026 war mein erstes mit der P-8A Poseidon. Also war es auch für mich, obwohl ich technischer Koordinator auf dem Fluggerät bin, eine Herausforderung. Ich konnte viel lernen.“ Bereits jetzt sei die Teilnahme als Erfolg zu werten.

Text: Julia Haberichter

Hintergrund

Seit 1982 kommen alle zwei Jahre NATO-Mitgliedsländer unter der Führung der Vereinten Staaten bei Northern Viking zusammen. Das Manöver beruht auf dem bilateralen Verteidigungsabkommen zwischen den USA und Island aus dem Jahr 1951. Da Island keine eigenen Streitkräfte, sondern lediglich eine Küstenwache besitzt, übernehmen die USA und NATO-Partner vertragsgemäß den Schutz des Landes.

INFO

Anzeige

Nicht nur für den kleinen Hunger zwischendurch.



INDIVIDUELLE VERPACKUNG
AUCH IN FLECKTARN MÖGLICH.

RICHARTZ
Key Tool Plus

KLEEN
WERBUNG

Telefon +49 (0) 49 71 / 92 33 10

Fax +49 (0) 49 71 / 92 33 15

info@kleen-werbung.de

Bayerisches Unternehmen schreibt europäische Raumfahrtgeschichte

Als erstes privates Raumfahrtunternehmen aus Europa hat Isar Aerospace schon bei seinem zweiten Flug erfolgreich Satelliten in den Orbit ausgesetzt. Die Mission ‚Onward and Upward‘ startete um 22:12 Uhr MESZ vom firmeneigenen Startplatz des Unternehmens am Weltraumbahnhof Andøya Space in Norwegen und setzte die Nutzlasten im Orbit aus.

„Heute hat Isar Aerospace den Weltraum aus Kontinentaleuropa geöffnet. Launch ist weiterhin der größte Engpass in der globalen Space-Industrie, ab dem heutigen Tag steht privaten und öffentlichen Kunden eine echte Alternative zur Verfügung“, erklärte Daniel Metzler, CEO und Mitgründer von Isar Aerospace. „Was in der europäischen Raumfahrt bisher Jahrzehnte gedauert hat, haben wir in wenigen Jahren geschafft: Europa und seine Partner können jetzt souverän und flexibel in den Weltraum starten. Damit schlagen wir ein neues Kapitel in der europäischen Raumfahrt auf. Ich bin unglaublich stolz auf unser Team, das diese Erfolgsgeschichte aus Europa heraus möglich gemacht hat. Jetzt heißt es, Produktion hochfahren, Aufträge abarbeiten und der weltweit wachsenden Nachfrage gerecht werden.“

Der Qualifizierungsflug von Isar Aerospace hat mehrere Rekorde in der kommerziellen Raumfahrt in Europa gebrochen: Die Rakete passierte erfolgreich den kritischen Startzeitpunkt Max Q, absolvierte die Abschaltung der Erststufentriebwerke (MECO) und die Stufentrennung und zündete anschließend wie geplant die zweite Stufe. Sie überschritt die Kármán-Linie in 100 Kilometern Höhe und trennte die Nutzlastverkleidung, bevor sie Orbitalgeschwindigkeit erreichte. Nach dem Orbit-Injektionsmanöver wurden die Nutzlasten erfolgreich platziert.

Die Nutzlasten der Mission wurden im Rahmen des Microlauncher-Wettbewerbs der Deutschen Raumfahrtagentur DLR ausgewählt, der durch ESA Boost! finanziert wird und Bildungseinrichtungen sowie Start-ups einen kostengünstigen Zugang zum Weltraum ermöglicht.

Mit der heutigen Mission ‚Onward and Upward‘ hat Isar Aerospace seine orbitale Startfähigkeit unter Beweis gestellt. Parallel dazu hat das Unternehmen auch die Erweiterung seines Netzwerks an global verfügbaren Startplätzen sowie die Eröffnung der größten Trägerraketenproduktion in Europa vorangetrieben. Neben dem aktuellen Startplatz in Andøya, Norwegen, baut Isar Aerospace aktuell einen Launch-Komplex in Nova Scotia, Kanada. Von Nova Scotia aus können Starts in Umlaufbahnen mit mittlerer bis hoher Inklination erreicht werden, die für Erdbeobachtungs- und Kommunikationssatelliten relevant sind.

Weitere ‚Spectrum‘ Trägerraketen bereits in Produktion

Das Geschäftsmodell von Isar Aerospace ist darauf ausgelegt, skalierbare Startkapazitäten aufzubauen. Deshalb entwickelt und baut das Unternehmen nicht nur eine Trägerrakete, sondern hat ebenfalls die „Maschine hinter der Maschine“ aufgebaut, inklusive eines vertikal integrierten Fertigungsmodells und eines hohen Automatisierungsgrads in der Produktion. Dementsprechend befinden sich die Trägerraketen vom Typ „Spectrum“ Nr. 3 bis 7 bereits in der Produktion. Mit Eröffnung der neuen 40.000 m² großen Produktionshalle plant Isar Aerospace, perspektivisch die Kapazitäten zur Fertigung von bis zu 40 Trägerraketen pro Jahr aufzubauen.

Text: Isar Aerospace; DK



Der gelungene Start vom Weltraumbahnhof in Norwegen hat europäische Raumfahrtgeschichte geschrieben.

© Isar Aerospace

EU-Projekt HYDEF erreicht neuen Meilenstein

Das Projekt „European Hypersonic Defence Interceptor“ (EU HYDEF), das von der Europäischen Union im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) sowie von den teilnehmenden Staaten Belgien, Deutschland, Norwegen, Polen und Spanien kofinanziert wird, hat einen bedeutenden technischen Meilenstein erreicht. Ende August schloss das HYDEF-Konsortium das „Preliminary Requirements Review“ (PRR) am Hauptsitz von Diehl Defence in Überlingen erfolgreich ab.

HYDEF ist Europas erstes Entwicklungsprogramm zur Abwehr von Hyperschallbedrohungen. Ziel ist die Entwicklung eines Abfangsystems, das schnellfliegende, manövrierende Bedrohungen wie hochmanövrierfähige Hyperschall-Gleitkörper, Hyperschall-Marschflugkörper sowie auch manövrierfähige ballistische Flugkörper (Theater Ballistic Missiles) erkennen und unschädlich machen kann. Das Konsortium wird von Spanish Missile Systems (SMS) als Projektkoordinator geleitet. Diehl Defence ist als technischer Koordinator für die technische Umsetzung des Systems verantwortlich.

Am finalen technischen Meilenstein der ersten Phase haben unter der Leitung des OCCAR HYDEF PD das gesamte HYDEF-Konsortium, darunter Diehl Defence und SMS, teilgenommen. Außerdem waren Vertreter der teilnehmenden Staaten sowie nationale Experten vor Ort, was die starke Ausrichtung des Projekts auf die strategischen Verteidigungsprioritäten Europas und das Ziel der Stärkung der technologischen Souveränität unterstreicht.

Das PRR bildet den technischen Abschluss der aktuellen Projektphase. Alle Ziele dieser Phase wurden fristgerecht und gemäß den geforderten Qualitätsstandards erreicht, was den Weg für einen beschleunigten Entwurfsprozess im Hinblick auf die Erstbefähigung (Initial Operational Capability, IOC) von HYDEF ebnet.

Die Veranstaltung diente als wichtige Plattform für die Präsentation und Demonstration wesentlicher Technologien, die für die Erstbefähigung erforderlich sind. Zu den vorgestellten technischen Schlüsselbereichen gehörten u.a. fortschrittliche Suchkopftechnologie, Mechanismen zur Stufentrennung sowie kritische elektronische und aerodynamische Technologien.

Das PRR stellt einen entscheidenden Schritt in der machbarkeitsorientierten Phase des Projekts dar und konzentriert sich auf die Validierung der vorläufigen Anforderungen an einen Abfangflugkörper innerhalb der Erdatmosphäre. Es bestätigt, dass die technische Grundlage des Programms solide definiert ist, um den Herausforderungen dieser Bedrohungen gerecht zu werden.

Mit dem erfolgreichen Abschluss der PPR behält das HYDEF-Konsortium seine Dynamik bei, um die für den künftigen operativen Einsatz erforderlichen Technologiereifegrade zu erreichen.

Text: Diehl Defence; DK



IM PRESSUM

Newsletter Verteidigung veröffentlicht in deutscher Sprache aktuelle Aufsätze, Berichte und Analysen sowie im Nachrichtenteil Kurzbeiträge zu den Themen Rüstungstechnologie, Ausrüstungsbedarf und Ausrüstungsplanung, Rüstungsinvestitionen, Materialerhaltung, Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie Aus- und Weiterbildung. Newsletter Verteidigung hat eine europäische, aber dennoch vorrangig nationale Dimension. Aus der Analysearbeit von Newsletter Verteidigung werden regelmäßig hoch priorisierte Themenfelder aufgegriffen, welche interdisziplinär einen Bogen spannen von der auftragsgerechten Ausstattung der Bundeswehr mit Wehrmaterial, der Realisierungsproblematik von militärischen Beschaffungsvorhaben, der Weiterentwicklung der Streitkräfte, den technologischen Trends und Entwicklungstendenzen bei Wehrmaterial, der Weiterentwicklung der heimischen wehrtechnischen Industriebasis und der Rüstungs- und Sicherheitspolitik bis hin zur Rüstungszusammenarbeit mit Partnerländern und gemeinsamen Beschaffung von Wehrmaterial.

Der Verlag hält die Nutzungsrechte für die Inhalte des Newsletter Verteidigung. Sämtliche Inhalte des Newsletter Verteidigung unterliegen dem Urheberrechtsschutz. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Verlages liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Newsletter Verteidigung erscheint auf elektronischem Wege (PDF-Format) mit 50 Ausgaben im Jahr. Eine Weiterverbreitung von Inhalten des Newsletter Verteidigung darf nur im Wege einer Gruppenlizenz erfolgen. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf mit Einschreiben gekündigt wird.

Newsletter Verteidigung ist eine offizielle Publikation der VDS Verlag Deutsche Spezialmedien GmbH, 35037 Marburg. Die in diesem Medium veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Mediums darf – abgesehen von den Ausnahmefällen der §§53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichten – ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) reproduziert oder eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben dem Verlag vorbehalten. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken und verpflichtet gemäß §54 (2) UrhG zur Zahlung einer Vergütung.

Verlagsanschrift:
VDS Verlag Deutsche
Spezialmedien GmbH

Ketzerbach 25-28
35037 Marburg, Germany

Tel. +49 6421 1832-899
Fax +49 6421 18329-05

E-Mail:
verlag@deutsche-spezialmedien.de

Gerichtsstand:
AG Marburg an der Lahn

**Verantwortlicher im Sinne
des Presserechts:**
Daniel Kromberg (DK),
Chefredakteur

E-Mail:
redaktion@newsletter-verteidigung.de

